

Kleine Anfrage

der Abgeordneten **Struve, Dr. Stoltenberg**
und **Genossen**

betr. **Kredite für Ersatzlandbeschaffung (Mehrwertausgleich)**

Der vertragliche Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken und Betrieben für Zwecke der Bundeswehr wird in vielen Fällen durch die Schwierigkeiten bei der Ersatzlandbeschaffung stark erschwert. Als besonders hemmend wirkt sich u. a. das Fehlen günstiger Kredite für einen Mehrwertausgleich aus. Dabei ist eine Aufstockung der bisherigen Betriebsgröße bei dem Mangel an gleichwertigen Grundstücken bzw. Betrieben oft unumgänglich und in vielen Fällen im Hinblick auf die im Grünen Plan angestrebte Schaffung rentabler Betriebsgrößen wohl auch wünschenswert.

Die zuständigen Stellen der Bundesregierung gewähren bei Umsetzungen den einheimischen Landwirten z. Z. nur Kredite, die zu einer relativ hohen Belastung führen. Dies hat den Abschluß von Verträgen oft durch Jahre verzögert; in einzelnen Fällen ist die Einleitung von Enteignungsverfahren notwendig geworden.

Wir fragen die Bundesregierung:

Besteht die Möglichkeit, bei der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen oder Betrieben für Zwecke der Bundeswehr den Betroffenen etwa entsprechend den Bewilligungen für Siedlungszwecke vertraglich verbilligte Kredite für einen Mehrwertausgleich zur Verfügung zu stellen?

Kann eine Beschleunigung und Vereinfachung im Verwaltungsverfahren erreicht werden, wenn die Entscheidungsbefugnisse der zuständigen Abteilungen bei den Oberfinanzdirektionen erweitert werden?

Bonn, den 12. Februar 1958

Struve
Dr. Stoltenberg
Berger
Blöcker
Dr. Even (Düsseldorf)
Engelbrecht-Greve
Dr. Fritz (Ludwigshafen)
Gewandt

Glüsing (Dithmarschen)
Goldhagen
Frau Hamelbeck
Leicht
Majonica
Dr. Rüdell (Kiel)
Schwarz
Wendelborn